

Bolsonarismus ohne Bolsonaro

Die Weltbank hat die Alarmglocken geläutet, aber die Kräfte des „Zentrismus“, die den Milliardären und der Austeritätspolitik verpflichtet sind, weigern sich, von der neoliberalen Katastrophe abzulenken, schreibt Vijay Prashad.



Maruja Mallo, Spanien, „La Verbena“ oder „The Fair“, 1927.

Am 8. Januar stürmten große, in den Farben der brasilianischen Flagge gekleidete Menschenmassen die Hauptstadt Brasília. Sie drangen in Bundesgebäude ein, darunter den Kongress, den Obersten Gerichtshof und den Präsidentenpalast, und verwüsteten öffentliches Eigentum.

Der Angriff, der von Anhängern des ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro verübt wurde, kam nicht überraschend, da die Randalierer in den sozialen Medien seit Tagen „Wochenenddemonstrationen“ geplant hatten.

Als Luiz Inácio Lula da Silva (bekannt als Lula) eine Woche zuvor, am 1. Januar, offiziell als neuer brasilianischer Präsident vereidigt wurde, kam es nicht zu einem solchen Handgemenge; es scheint, dass die Vandalen gewartet haben, bis die Stadt ruhig und Lula nicht mehr in der Stadt war. Trotz aller Aufregung war der Angriff ein Akt extremer Feigheit.

In der Zwischenzeit war der unterlegene Bolsonaro nicht einmal in der Nähe von Brasília. Er floh vor der Amtseinführung aus Brasilien – vermutlich, um der Strafverfolgung zu entgehen – und suchte Zuflucht in Orlando, Florida.

Auch wenn Bolsonaro nicht in Brasília war, haben die Bolsonaristas, wie seine Anhänger genannt werden, in der ganzen Stadt ihre Spuren hinterlassen. Noch bevor Bolsonaro im vergangenen Oktober die Wahl gegen Lula verlor, [meinte](#) *Le Monde Diplomatique Brasil*, Brasilien werde einen „Bolsonarismus ohne Bolsonaro“ erleben.

Diese Vorhersage beruht auf der rechtsextremen Liberalen Partei, die während der Präsidentschaft Bolsonaros als politisches Vehikel diente und den größten Block in der Abgeordnetenversammlung und im Senat des Landes stellt, sowie auf dem toxischen Einfluss des rechten Flügels, der sowohl in den gewählten Gremien Brasiliens als auch im politischen Klima, insbesondere in den sozialen Medien, fortbesteht.

Die beiden für die öffentliche Sicherheit in Brasília verantwortlichen Männer – Anderson Torres (der Sekretär für öffentliche Sicherheit des Bundesdistrikts) und Ibaneis Rocha (der Gouverneur des Bundesdistrikts) – stehen Bolsonaro nahe.

Torres diente als Minister für Justiz und öffentliche Sicherheit in Bolsonaros Regierung, während Rocha Bolsonaro während der Wahl formell unterstützte. Während die Bolsonaristas ihren Angriff auf die Hauptstadt vorbereiteten, schienen sich beide Männer ihrer Verantwortung zu entziehen: Torres war im Urlaub in Orlando, während Rocha am letzten Arbeitstag vor dem Putschversuch den Nachmittag frei nahm.

Wegen dieser [Mitschuld](#) an der Gewalt wurde Torres von seinem Posten entlassen und angeklagt, Rocha wurde suspendiert.

Die Bundesregierung hat die Sicherheit übernommen und über [tausend](#) dieser „fanatischen Nazis“, wie Lula sie nannte, verhaftet. Es gibt gute Gründe dafür, dass diese „fanatischen Nazis“ keine Amnestie verdienen.

Bei den Slogans und Schildern, die am 8. Januar in Brasília zu hören waren, ging es weniger um Bolsonaro als vielmehr um den Hass der Randalierer auf Lula und das Potenzial seiner volksnahen Regierung. Diese Stimmung wird von großen Wirtschaftszweigen – vor allem der Agrarindustrie – geteilt, die wütend über die von Lula vorgeschlagenen Reformen sind.

Der Angriff war zum Teil das Ergebnis der aufgestauten Frustration der Menschen, die durch gezielte Fehlinformationskampagnen und den Einsatz des Justizsystems zum Sturz von Lulas Arbeiterpartei (PT) durch „lawfare“ zu der Überzeugung [gelangt sind](#), dass Lula ein Krimineller ist – obwohl die Gerichte dies für falsch [befunden](#) haben.

Es war auch eine Warnung der brasilianischen Eliten. Der widerspenstige Charakter des Angriffs auf Brasília ähnelt dem Angriff auf das US-Kapitol am 6. Januar 2021 durch Anhänger des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump. In beiden Fällen symbolisieren die rechtsextremen Illusionen über die Gefahren des „Sozialismus“ von US-Präsident Joe Biden oder des „Kommunismus“ von Lula die feindselige Opposition der Eliten gegen jede [noch so kleine Abkehr](#) von der neoliberalen Austerität.

Die Anschläge auf Regierungsstellen in den USA (2021) und Brasilien (2023) sowie der jüngste [Staatsstreich in Peru](#) (2022) sind keine Zufallsereignisse; dahinter verbirgt sich ein Muster, das untersucht werden muss.

[Anmerkung: Ja, vor allem der False Flag Charakter dieser Operationen und die Beteiligung des FBI in den USA].

Am Tricontinental Institut für Sozialforschung beschäftigen wir uns seit unserer Gründung vor fünf Jahren mit dieser Studie. In unserer ersten Veröffentlichung [In den Ruinen der Gegenwart](#) (März 2018) haben wir eine vorläufige Analyse dieses Musters vorgelegt, die ich im Folgenden weiter ausführen werde.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 und dem Scheitern des Dritte-Welt-Projekts infolge der Schuldenkrise setzte sich die von den USA vorangetriebene Agenda der neoliberalen Globalisierung durch. Dieses Programm war gekennzeichnet durch den Rückzug des Staates aus der Regulierung des Kapitals und durch die Aushöhlung der Sozialpolitik. Der neoliberale Rahmen hatte zwei wesentliche Folgen.

- Zunächst kam es zu einer rasanten Zunahme der sozialen Ungleichheit, mit der Zunahme der Milliardäre auf der einen Seite und der Zunahme der Armut auf der anderen Seite sowie einer Verschärfung der Ungleichheit zwischen Nord und Süd.
- Zweitens kam es zur Konsolidierung einer „zentristischen“ politischen Kraft, die vorgab, dass die Geschichte und damit auch die Politik zu Ende sei und nur noch die Verwaltung (in Brasilien „centrão“ oder „Zentrum“ genannt) übrig bleibe.

Die meisten Länder der Welt fielen sowohl der neoliberalen Sparpolitik als auch der Ideologie vom „Ende der Politik“ zum Opfer, die zunehmend antidemokratisch wurde und dafür sorgte, dass Technokraten das Sagen hatten.



Leonora Carrington, Mexiko, „Figuras fantásticas a caballo“ (Fantastische Figuren auf dem Pferderücken), 2011.

Diese Austeritätspolitik, die die Menschen bis auf die Knochen trifft, hat jedoch eine neue Politik auf der Straße hervorgebracht, die sich in den IWF-Unruhen und den Brotunruhen der 1980er Jahre ankündigte und später in den Anti-Globalisierungs-Protesten mündete. Die von den USA vorangetriebene Globalisierungsagenda brachte neue Widersprüche hervor, die das Argument widerlegten, die Politik sei am Ende.

Die große Rezession, die mit der globalen Finanzkrise 2007-2008 einsetzte, entkräftete zunehmend die politische Glaubwürdigkeit der Zentristen, die das Sparregime verwaltet hatten.

Der [World Inequality Report 2022](#) ist eine Anklage gegen das Erbe des Neoliberalismus. Die Vermögensungleichheit ist heute so groß wie in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts.

Im Durchschnitt besitzt die ärmste Hälfte der Weltbevölkerung nur 4.100 Dollar pro Erwachsenem (in Kaufkraftparität), während die reichsten 10 Prozent 771.300 Dollar besitzen – etwa 190 Mal so viel Vermögen. Die Einkommensungleichheit ist ebenso gravierend: Die reichsten 10 Prozent verfügen über 52 Prozent des Welteinkommens, während den ärmsten 50 Prozent nur 8,5 Prozent des Welteinkommens verbleiben.

Noch schlimmer wird es, wenn man sich die Superreichen ansieht. Zwischen 1995 und 2021 wuchs der Reichtum der obersten 1 Prozent astronomisch an und vereinnahmte 38 Prozent des weltweiten Reichtums, während die unteren 50 Prozent nur „erschreckende zwei Prozent vereinnahmten“, so die Autoren des Berichts.

Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der obersten 0,1 Prozent am weltweiten Reichtum von 7 Prozent auf 11 Prozent. Dieser obszöne Reichtum – weitgehend unbesteuert – verschafft diesem winzigen Bruchteil der Weltbevölkerung ein unverhältnismäßig großes Maß an Macht über das politische Leben und die Information und schränkt die Möglichkeiten der Armen zum Überleben immer mehr ein.

Der [Bericht](#) „Global Economic Prospects“ der Weltbank (Januar 2023) prognostiziert, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in 92 der ärmeren Länder der Welt Ende 2024 um 6 Prozent unter dem Niveau liegen wird, das am Vorabend der Pandemie erwartet wurde. Zwischen 2020 und 2024 werden diese Länder voraussichtlich einen kumulativen BIP-Verlust erleiden, der etwa 30 Prozent ihres BIP von 2019 entspricht.

Da die Zentralbanken der reichsten Länder ihre Geldpolitik straffen, trocknet das Kapital für Investitionen in den ärmeren Ländern aus, und die Kosten für bereits bestehende Schulden sind gestiegen. Die Weltbank stellt fest, dass die Gesamtverschuldung in diesen ärmeren Ländern „ein 50-Jahres-Hoch erreicht hat“.

Etwa jedes fünfte dieser Länder ist „effektiv von den globalen Schuldenmärkten ausgesperrt“, 2019 war es noch jedes 15. Alle diese Länder – mit Ausnahme Chinas – „erlitten während der Pandemie einen besonders starken Investitionsrückgang von mehr als 8 Prozent“, ein stärkerer Rückgang als 2009“, inmitten der Großen Rezession.

Der Bericht schätzt, dass die Gesamtinvestitionen in diesen Ländern im Jahr 2024 um 8 Prozent niedriger sein werden als 2020 erwartet. Angesichts dieser Realität stellt die Weltbank folgende Prognose auf: „Schleppende Investitionen schwächen die Wachstumsrate des Produktionspotenzials und verringern die Fähigkeit der Volkswirtschaften, das mittlere Einkommen zu erhöhen, den gemeinsamen Wohlstand zu fördern und Schulden zurückzuzahlen.“

Mit anderen Worten, die ärmeren Länder werden immer tiefer in eine Schuldenkrise und in einen dauerhaften Zustand sozialer Not schlittern.

Die Weltbank hat Alarm geschlagen, aber die Kräfte des „Zentrismus“ – die der Milliardärsklasse und der Austeritätspolitik verpflichtet sind – weigern sich einfach, von der neoliberalen Katastrophe abzulenken.

Wenn ein Führer der linken Mitte oder der Linken versucht, sein Land aus der anhaltenden sozialen Ungleichheit und der polarisierten Wohlstandsverteilung herauszuholen, sieht er sich nicht nur dem Zorn der „Zentristen“ ausgesetzt, sondern auch dem der reichen Anleihegläubiger im Norden, des Internationalen Währungsfonds und der westlichen Staaten.

Als Pedro Castillo im Juli 2021 die Präsidentschaft in Peru gewann, durfte er nicht einmal eine skandinavische Form der Sozialdemokratie verfolgen; die Putschversuche gegen ihn begannen bereits vor seiner Amtseinführung.

Eine zivilisierte Politik, die Hunger und Analphabetismus beenden würde, wird von der Milliardärsklasse einfach nicht zugelassen. Sie gibt riesige Summen für Denkfabriken und Medien aus, um jedes Projekt des Anstands zu untergraben, und finanziert die gefährlichen Kräfte der extremen Rechten, die die Schuld für das soziale Chaos von den steuerfreien Superreichen und dem kapitalistischen System auf die Armen und Ausgegrenzten abwälzen.

Der halluzinatorische Aufstand in Brasília entstand aus derselben Dynamik, die auch den Putsch in Peru hervorgebracht hat: ein Prozess, bei dem zentristische politische Kräfte im globalen Süden finanziert und an die Macht gebracht werden, um sicherzustellen, dass ihre eigenen Bürger am Ende der Schlange stehen, während die wohlhabenden steuerfreien Anleihegläubiger des globalen Nordens an der Spitze stehen.

Auf den Barrikaden von Paris am 14. Oktober 1793 zitierte Pierre Gaspard Chaumette, der Präsident der Pariser Kommune, der selbst auf der Guillotine landete, auf die er viele andere schickte, diese schönen Worte von Jean-Jacques Rousseau:

„Wenn das Volk nichts mehr zu essen hat, wird es die Reichen essen.“

Zum Ausgleich eine kontrastierende Darstellung:

<https://www.thegatewaypundit.com/2023/01/1398-political-prisoners-brazil-senator-says-lula-knew-storm-congress-must-impeached/>

1398 politische Gefangene in Brasilien – Senator sagt: „Lula wusste vom Sturm auf den Kongress und muss des Amtes enthoben werden“

Der brasilianische Senator Marcos do Val hat die Verhaftung von Justizminister Flavio Dino und die Amtsenthebung von Präsident Lula da Silva gefordert. Der neue Senat und die Abgeordnetenkammer werden eine konservative Mehrheit haben, es sei denn, die Linke schafft es, die rechten Abgeordneten an der Übernahme ihrer Sitze zu hindern.

„Noch in dieser Woche werde ich Ihre sofortige Absetzung beantragen und Ihre Verhaftung wegen Amtsmissbrauchs und anderer Verstöße gegen das Strafgesetzbuch fordern. Ich habe bereits aufgedeckt, dass Präsident Lula 24 Stunden im Voraus von den bevorstehenden Anschlägen wusste und sie geschehen ließ. Ich werde die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens beantragen, denn Sie

haben nicht nur unsere Geschichte zerstört, sondern auch unsere Demokratie und unser Leben aufs Spiel gesetzt“, schrieb do Val an Dino.

Das neue Parlament wird am **1. Februar** mit einer konservativen Mehrheit eröffnet – einer der Gründe, warum die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Brasilien nicht zusammenpassen. Die Pro-Bolsonaro-Kandidaten haben am 3. Oktober in beiden Kammern und in den regionalen Gouverneursämtern zugelegt. Ein konservativer Senator könnte zum Präsidenten des Senats gewählt werden. „Die bevorstehende Wahl des Senatspräsidenten ist die wichtigste in der Geschichte. Brasilien wird die Chance haben, das Gleichgewicht zwischen den Gewalten wiederherzustellen und die verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen“, schreibt *Brazil in English*.

„Die Frage ist, wie viele von ihnen den Mut haben, den tiefen Staat zu bekämpfen, wie viele gekauft werden. Viele von ihnen haben das konservative Etikett nur benutzt, um die Wahlen zu gewinnen. Wie viele werden Vergeltungsmaßnahmen fürchten, da der Oberste Gerichtshof ihnen ihre Mandate entziehen kann? In Brasilien findet derzeit eine Terrorkampagne gegen die Konservativen statt“, sagt ein Beobachter.

In einem Interview am Montag sagte der Gouverneur des Bundesstaates Minas Gerais, Romeu Zema, **dass die Regierung Lula Vandalismusakte in Brasília begünstigt habe, um „das Opfer zu spielen“**, berichtete [Brazil in English](#). „Es scheint mir, dass die radikale Rechte, die eine Minderheit ist, einen Fehler gemacht hat. Es gab auch einen Fehler, vielleicht absichtlich, der von der Bundesregierung begangen wurde, die ein Auge zudrückte, damit das Schlimmste passieren konnte und sie das Opfer spielen konnte. Das ist eine Vermutung. Aber die Ermittlungen werden zeigen, ob es wirklich so war.“

„Gute Bürger mit Vandalen zu verwechseln, ist ein sehr schwerer Fehler. Man muss die Leute bestrafen, die den Vandalismus begangen haben. Aber dies auch auf diejenigen auszudehnen, die in geordneter Weise demonstrieren, ist eine ganz andere Situation“, sagte der Gouverneur.

In einer Rede vor dem portugiesischen Parlament bezeichnete der Kongressabgeordnete André Ventura von der rechtsgerichteten Chega-Partei den brasilianischen Präsidenten Lula da Silva als „Kriminellen“ und sagte, das portugiesische Volk verstehe „die Wut und den Schmerz von Millionen von Brasilianern darüber, dass ihr Land von einem Dieb regiert wird“. Ventura sagte, es sei „schwierig, den brasilianischen Präsidenten auf andere Weise zu titulieren“ und dass er mit den Protesten sympathisiere. Das Parlament stimmte daraufhin für eine Verurteilung der Unruhen vom 8. Januar.

Der korrupte Oberste Gerichtshof in Brasilien hat sich geweigert, gegen Justizminister Flavio Dino wegen Pflichtverletzung zu ermitteln, denn das hat er natürlich getan.

Nach nur 16 Tagen des kommunistischen Putsches gibt es in Brasilien 1398 politische Gefangene, darunter Familien, Frauen, Kinder und ältere Menschen. [Hier ist eine Namensliste](#).

Ein Brasilien-Beobachter erklärte gegenüber *Gateway Pundit*, dass die **Kinder**, die am 9. Januar verhaftet und ihren Eltern im Armeelager in Brasília weggenommen wurden, entgegen den Berichten in den Fake-News-Medien nicht freigelassen wurden, sondern vom kommunistischen Regime ohne ihre erwachsenen Verwandten **als Gefangene des Staates festgehalten werden**.

Das Wort „Feiglinge“ wurde auf die Wände einer Militäreinheit gemalt, in der Patrioten 70 Tage lang kampferten und die Streitkräfte in Marília, Sao Paulo, um Hilfe baten.

Der Richter des Obersten Gerichtshofs Gilmar Mendes ordnete die Freilassung von 85 verurteilten Straftätern an, um Platz für die nach den Unruhen vom 8. Januar in Brasília inhaftierten Frauen zu schaffen.

Minister Paulo Pimenta, Leiter des Kommunikationssekretariats des brasilianischen Präsidenten, drohte am 24. Januar mit der Schaffung eines „Wahrheitsministeriums“ zur „Bekämpfung von Fehlinformationen“.